



Thilo Fehmel, Stephan Lessenich,
Jenny Preunkert (Hg.)

SYSTEMZWANG UND AKTEURSWISSEN

Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen



campus

Systemzwang und Akteurswissen

Thilo Fehmel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der Universität Leipzig.

Stephan Lessenich ist Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Jenny Preunkert ist akademische Rätin am Institut für Soziologie an der Universität Leipzig.

Thilo Fehmel, Stephan Lessenich, Jenny Preunkert (Hg.)

Systemzwang und Akteurswissen

Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-593-50195-6

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2014 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.
Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.
www.campus.de

Für Georg – und seine souveräne
Ignoranz akademischer Zwänge

Inhalt

Einleitung:

Autonomiegewinne als Bezugspunkt sozialer Theorie und Praxis

Thilo Fehmel 9

I. Autonomiekonflikte und Gesellschaftsevolution

Die Autonomie der Gesellschaft im Widerstreit mit
der Autonomie des Subjekts

Günter Dux 27

II. Authentizität und Autonomie – Akteure in Systemen

Wiederkehr der Religionen, postsäkulare Gesellschaft
oder doch weitergehende Säkularisierung?
Widerspruch zu einem gängigen Diskurs

Gerda Bohmann 53

Strukturelle Zwänge und kleine Freiheiten:

Die soziologische Beobachtung alltäglicher Befreiungsversuche
am Beispiel der ›Stile des Lebens‹ und der ›Gesellschaft der Leute‹

Hans-Georg Soeffner 81

Emotionale Reflexivität – Paradoxien der Emotionalisierung

Sighard Neckel 117

III. Stabilität und Krise – Wandel von Gesellschaftsgestaltung

Konflikttheorie und Gesellschaftsbildung:

Europäische Integration durch soziale Konflikte

Thilo Fehmel 133

Paradoxes Europa: Zur (Eigen-)Dynamik der Eurokrise

Maurizio Bach 159

Vertrauen in der Krise – Vertrauen als Verantwortungszuschreibung

Jenny Preunkert 175

IV. Wissen und Macht – Systemzwänge und ihre Grenzen

Beyond Structure and Agency to Structuration and Semiosis:

Reflections on Complexity Reduction, Societalization,
and Potentiality

Bob Jessop 199

Gestaltungsfunktionalismus

Uwe Schimank 221

Akteurszwang und Systemwissen:

Das Elend der Wachstumsgesellschaft

Stephan Lessenich 243

V. Autonomiegewinne und Gesellschaftskritik

Autonomiegewinne und Gesellschaftskritik

Georg Vobruba 265

Autorinnen und Autoren 283

Einleitung: Autonomiegewinne als Bezugspunkt sozialer Theorie und Praxis

Thilo Fehmel

»Im gewöhnlichen Leben handeln wir nicht nach Motivation, sondern nach Notwendigkeit, in einer Verkettung von Ursache und Wirkung; allerdings kommt immer in dieser Verkettung auch etwas von uns selbst vor, weshalb wir uns dabei für frei halten. Diese Willensfreiheit ist die Fähigkeit des Menschen, freiwillig zu tun, was er unfreiwillig will. Aber Motivation hat mit Wollen keine Berührung; sie läßt sich nicht nach dem Gegensatz von Zwang und Freiheit einteilen, sie ist tiefster Zwang und höchste Freiheit.«

Musil (1981 [1932]: 1421)

1. Zwang und Freiheit

Der Begriff der Willensfreiheit steht seit einigen Jahren im Zentrum der neurobiologischen Debatte um Handlungsmotive und Handlungsimpulse. Als Robert Musil seinem *Mann ohne Eigenschaften* in den frühen 1930er Jahren den oben zitierten Gedanken eingab, kann er von dieser neurobiologischen Debatte noch nichts gewusst haben. Er muss andere Zwänge gemeint haben, die dem Paradox der unfreiwilligen Willensfreiheit zugrunde liegen. Bekannt ist, dass Musil seit den 1920er Jahren zunehmend unter dem Einfluss der sozialpsychologischen Feldtheorie Kurt Lewins stand, die Handeln und Verhalten über Relationen zu einer aus Kraftfeldern bestehenden Umwelt erklärt (Innerhofer, Rothe 2010). Der physikalischen Sprache entlehnt, besteht der Grundgedanke eines Feldes in der Vorstellung eines Raumes, in dem Kräfte und ihre Wechselwirkungen zu bestimmten Effekten führen und in dem gegebene Ob- bzw. Subjekte diesen Kräften und Wechselwirkungen ausgeliefert sind. Felder, selbst unsichtbar, manifestieren sich durch die beobachtbaren Effekte, die sie hervorrufen. Und Felder werden als dynamisch vorgestellt: erstens sind ihre

1 Wie der vorliegende Band insgesamt profitiert auch diese Einleitung in erheblichem Maße von wertvollen Hinweisen, Anregungen und Verbesserungsvorschlägen von Jenny Preunkert und Stephan Lessenich. Dafür vielen Dank!

Grenzen unscharf und flüchtig, weil die im Feld waltenden Kräfte und Wechselwirkungen nach außen hin abnehmen; zweitens sind die Kraftverhältnisse in ihrem Inneren spontan nur stabil unter der sehr unwahrscheinlichen Bedingung der Stabilität aller beteiligten relevanten Kräfte; drittens sind aufgrund dieser prinzipiellen Instabilität und bei (vermeintlich) ausreichendem Wissen um die Wechselwirkungen der Kräfte in einem Feld diese Effekte steuerbar, das heißt willentlich stabilisier-, aber auch änderbar durch Beeinflussung mindestens einer beteiligten Kraft, und zwar zumeist durch Zuführung oder Abzug entsprechender Ressourcen.

Nicht wenige Soziologinnen und Soziologen können der begrifflich-theoretischen Anleihe bei der Physik etwas abgewinnen – der Feldbegriff erfreut sich in der Soziologie zunehmender Beliebtheit. Gemeinsam ist diesen Ansätzen die explizite Überzeugung, dass das Handeln sozialer Akteure von deren sozialer Umwelt abhängig ist: soziales Agieren steht unter dem Einfluss sozialer Strukturen; Handeln ist strukturell begrenzt. Damit aber heben sich die expliziten soziologischen Feldtheorien kaum ab von soziologischen Theorieansätzen, die den Feldbegriff *nicht* bemühen: das Verhältnis von »Handeln und Strukturen« (Schimank 2000) lässt sich über (fast) alle Theoriegrenzen hinweg als die »Masterfrage der Soziologie« bezeichnen (Lessenich, in diesem Band). Darin, wie diese Masterfrage beantwortet wird, unterscheiden sich die vielen Ansätze jedoch zum Teil erheblich. Das Verhältnis von Subjekt und System, von Akteur und Feld, von Individuum und Gesellschaft ist alles andere als geklärt. Das belegen auch einige der in diesem Band versammelten Beiträge.

Doch zunächst zurück zu Robert Musil. Bemerkenswert an Musils Zitat ist die additive anstelle der üblicherweise adversativen Konjunktion: nicht vom Gegensatz Zwang *versus* Freiheit ist die Rede, sondern von der Einheit, die Zwang *und* Freiheit bilden. Dieser *contradictio in terminis*, diesem Bild der Einheit der Gegensätze werden nun nicht mehr alle Soziologinnen und Soziologen der Gegenwart unvoreingenommen folgen wollen. Dabei ist Musils Behauptung einer untrennbaren Dualität von Zwang und Freiheit keineswegs als strukturkonservativ im normativen Sinne zu verstehen, und sie ist auch weniger paradox als sie klingt. Sie wird verständlich, wenn man in den philosophischen und wissenschaftstheoretischen Diskursen der Vor- und Zwischenkriegszeit nach dem Gegenstück sucht, von dem sich diese Einheit aus Zwang und Freiheit abgrenzt bzw. abgrenzen lässt. Fün-

dig wird man, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das 19. und das beginnende 20. Jahrhundert die Epoche des massiven Aufstiegs und der Profanisierung der Naturwissenschaften war (Whitehead 1988 [1925]). Die fortwährende Entdeckung von Naturgesetzen – und die rapide »Veralltäglichsung« des Wissens um sie – ließen es opportun erscheinen, auch für das menschliche Zusammenleben derartige Gesetzmäßigkeiten zu vermuten. Hinweise darauf gibt es viele, auch unter »Klassikern« des Faches: etwa Durkheims (2008 [1893]) mechanische, nicht von ungefähr an kalte Apparaturen erinnernde, und organische, an das Bild biologischer Organismen anknüpfende Solidarität; Simmels (1992 [1894]) auf die physikalischen Kraft- und Feldvorstellungen zurückgehenden Wechselwirkungen als Form der Vergesellschaftung; oder auch die bis heute nicht gänzlich überwundene naturalistische Perspektive auf wirtschaftliche Zusammenhänge (vgl. dazu Vobruba 2012) bis hin zur Rede von den Naturgesetzen der Nationalökonomie (Dürring 1866). Diese naturalistische Perspektive, diese Erklärungsdominanz der Naturkausalität ist es, von der sich die Vorstellung einer Einheit aus Zwang und Freiheit abgrenzt. Der Unterschied liegt im Verhältnis der Freiheit zum Zwang: Naturgesetzen kann man nicht entrirennen; Strukturzwängen schon. Denn: »Die vollkommenste soziale Regelmäßigkeit, die man feststellen mag, ist immer noch kein »Gesetz«« (Drill 1916: 13). Die Freiheit gegenüber strukturellen Zwängen, so begrenzt sie auch sein mag, ist das Gegenstück zur Unfreiheit gegenüber dem naturgesetzlichen Zwang.

Was darin zum Ausdruck kommt, ist Kontingenz als *die* Geschäftsgrundlage der postnaturalistischen Soziologie: Bei Handlungsmotiven und Handeln zeigen sich unbestritten regelmäßige Muster, und diese Muster sind ebenso unbestritten (auch) Effekte der herrschenden sozialen Strukturen und der in einer Gesellschaft dominierenden instrumentellen Rationalität (Taylor 1995: 109). Doch Handlungsmotive und Handeln sind keineswegs vollends den herrschenden sozialen Strukturen unterworfen. Akteure verfügen vielmehr über Freiheitsgrade in ihrem Handeln, und hier nicht zuletzt über die Freiheit, nein: über die Möglichkeit, die herrschenden Strukturen und damit die Handlungszwänge, die von diesen Strukturen ausgehen, infrage zu stellen, zu ignorieren und zu verändern. Handeln ist strukturegeprägt – und prägt Strukturen (vgl. Schimank 2013: 25f.). Freilich gilt das nicht für jeden sozialen Akteur in gleicher Weise. Man wird sagen können, dass das Musil'sche Verständnis der Einheit von strukturellem Zwang und struktureller Freiheit ein relationistisches und gradualistisches

ist: für jeden sozialen Akteur lässt sich in einer angebbaren Situation – bzw. in einem Feld oder einem Sozialraum oder einem Handlungsrahmen und was dergleichen Kontext-Termini mehr sein mögen – bestimmen, wie »frei« er handeln kann bzw. wie begrenzt und strukturell erzwungen sein Handeln ist.

Für eine weitere Überlegung im Kontext von Zwang und Freiheit bietet sich Robert Musil als Stichwortgeber an. Sein Werk gilt als Seismographie der frühen Moderne. Im *Mann ohne Eigenschaften* verarbeitet Musil inhaltlich wie stilistisch seine Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse seiner Zeit als bar fast jeder Ordnung und ersichtlichen Kausalität, als hochdynamisch, diskontinuierlich, subjektiviert, polyzentrisch – und angesichts dieser Eigenschaften als kaum noch überschaubar. Musils (vermeintlich) konturloser Protagonist ist der Spiegel und gleichsam die Personifizierung einer zunehmend als konturlos wahrgenommenen Gesellschaft. Der Roman stellt das Anschauungsmaterial zur Verfügung für das, was seither unzählige Male beschrieben wurde: Die Abkehr von absolutistischen Weltbildern und Gesellschaftsbegründungen – nicht zuletzt ausgelöst eben durch die fortschreitende Verwissenschaftlichung des Blicks auf Natur und Gesellschaft – treibt einen Prozess des Aufbrechens »objektiver« Strukturen voran, in dem »das Undiskutierte zur Diskussion« gestellt wird, in dem also die – ja immer diskursiv vermittelte – Struktur einer Gesellschaft vom Zustand der Doxa in den Zustand der Heterodoxie der Meinungen, Weltanschauungen, Handlungsbegründungen, Gestaltungsbemühungen und Lebensweisen übergeht (Bourdieu 1979: 331f.; 1998: 286f.). Angetrieben von der um sich greifenden grundsätzlichen Überzeugung von der Gestaltbarkeit der sozialen Verhältnisse (Evers, Nowotny 1987; Dux in diesem Band) treten subjektive Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte immer weiter auseinander (Koselleck 1989 [1976]). Das ermöglicht Kontroversen und eröffnet Handlungsräume. Es beinhaltet aber auch die zunehmende Eigenverantwortung des Subjekts für seine Selbstverortung innerhalb dieser Vielfalt handlungsleitender Weltinterpretationen. In der individualisierenden Befreiung des Subjekts aus traditionellen Strukturen, aber auch in der damit einhergehenden »Verpflichtung zur Selbstbestimmung« (Wagner 2009: 15), im »Zwang zur Freiheit« (Sartre 1952), eben in der Musil'schen Parallelität und Einheit von »tiefstem Zwang und höchster Freiheit« liegt die Besonderheit der Moderne.

Daraus ergibt sich – wenn man so will: zwangsläufig –, dass sich die in diesem Band versammelten Beiträge durchweg mit dem Verhältnis von Zwang und Freiheit in der *modernen* Gesellschaft beschäftigen. Sie tun dies, indem sie (mit unterschiedlichen Foki) die keineswegs konfliktfreie Ausweitung von Diskurs- und Handlungsräumen beim Übergang zur Moderne nachzeichnen (Dux, Bohmann, Soeffner), sich theoretisch-konzeptionell mit den Problemen bei und Folgen von Gestaltungsbemühungen in entwickelten modernen Gesellschaften auseinandersetzen (Jessop, Schimank, Lessenich, Vobruba) und/oder diese Gestaltungsversuche und Gestaltungsfolgen in je spezifischer Perspektive näher ausleuchten (Neckel, Fehmel, Bach, Preunkert).

2. Autonomiegewinne und Unbestimmtheitslücken

Die Moderne ist nicht die Epoche der Freiheit von Zwängen. Sie ist die Epoche der (relativen) Befreiung von Zwängen. Im Zuge der Modernisierung von Gesellschaften nimmt die sachliche, zeitliche, räumliche und soziale Reichweite von Handlungsvorgaben ab (Dahrendorf 1958); zunehmend entgeneralisierte Verhaltensvorschriften beziehen sich immer konkreter auf bestimmte Inhalte und Handlungskontexte sowie auf angebbare Akteure und deren soziale Positionen und Rollen. In der Moderne erlangt somit das relationistische und gradualistische Verständnis der Einheit von strukturellem Zwang und struktureller Freiheit eine doppelte Bedeutung: Nicht nur lässt sich auf einem abstrakten Kontinuum, als dessen Pole sich absolute Fremd- und absolute Selbstbestimmung denken lassen, die Position eines jeden sozialen Akteurs in einer konkreten Situation verorten und für Sozialvergleiche nutzen. Auch sind im Zeitverlauf individuelle Verschiebungen auf diesem Kontinuum möglich – und auch um Vieles wahrscheinlicher als in vormodernen Zeiten. In der Moderne ist das individuelle Ausmaß an Selbstbestimmung nicht vollkommen frei gestaltbar, aber variabel. Diese Variabilität ist die Grundlage der Konzeption von Autonomiegewinnen.

Georg Vobruba, dessen 65. Geburtstag und Emeritierung im Sommer 2013 Anlass für eine Tagung² bot, aus der der vorliegende Band hervor-

² Tagung »Systemzwang und Akteurswissen. Zum Wandel gesellschaftlichen Wandels« an der Universität Leipzig am 14. und 15. Juni 2013; organisiert und durchgeführt von Leip-

ging, Georg Vobruba also hat in Publikationen, Vorträgen und Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen, dass es ihm bei seiner Beschäftigung mit handlungstheoretischen, sozialpolitischen, europasozilogischen oder auch hochschulorganisatorischen Fragen stets um diese Autonomiegewinne, um eine relationale Perspektive auf Autonomie geht. Relativ ist Autonomie in dreierlei Aspekten:

(1) *Autonomie ist relativ, weil sozial begrenzt.* Die Vorstellung absoluter Autonomie ist allenfalls hilfreich als logischer Begriff für einen rein heuristischen Extremtyp im Sinne Hempels (1965), nämlich für einen der beiden Pole des genannten Kontinuums zwischen Fremd- und Selbstbestimmung. Jenseits eines solchen analytischen Behelfs ist hingegen die Annahme absoluter Autonomie schon theoretisch und erst recht empirisch unergründlich: es gibt sie nicht, sobald und so lange Akteure *soziale* Akteure sind. Denn in jedem, auch noch so modernen, sozialen Zusammenleben entwickeln sich nicht nur Interdependenzen, sondern unvermeidbar auch informelle oder formale Regeln; und individuelle Selbstbestimmung kann dann »nur« heißen, (a) im Rahmen dieser Regeln möglichst frei agieren und (b) mit darüber entscheiden zu können, welche Regeln gelten sollen (Bieri 2013). Was sich unter diesen Bedingungen ergeben kann, ist relative Autonomie: Immer steht die (angestrebte) individuelle Gestaltungsfreiheit in Relation zur (angestrebten) Gestaltungsfreiheit Anderer. Dass dabei – Moderne hin oder her – die meisten Gesellschaftsmitglieder ihre eigenen Gestaltungschancen als eher minimal und die Gestaltungsmacht Anderer als unverhältnismäßig groß ansehen (Vobruba 2009: 124), entspricht wohl der oben geschilderten Befindlichkeit des Mannes (vulgo Menschen) ohne Eigenschaften. Aber moderne Sozialverhältnisse zeichnen sich gerade dadurch aus, dass Akteure in der Lage sind, diese Asymmetrie wahrzunehmen und in einer Weise zu deuten, die der Idee der Autonomie entspricht (Schneewind 1998). Was die Moderne von ihren historischen Vorläufern unterscheidet, ist nicht zwingend das höhere Maß an Freiheitsgraden, sondern es ist die legitime Idee, Selbstbestimmung zum Gegenstand und Ziel von Selbstgestaltung zu machen und die wahrgenommene Asymmetrie wenn nicht zu überwinden, so doch zu reduzieren. Für Foucault (1992: 12ff.) ist diese Idee, diese kritische Haltung der Fremdbestimmung gegenüber und das alltägliche Bemühen um die Nivellierung asymmetrischer Gestaltungsspielräume, nicht weniger als eine abendländische »Kulturform«.

zig European Series am Institut für Soziologie der Universität Leipzig in Kooperation mit dem Kolleg »Postwachstumsgesellschaften« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

(2) *Autonomie ist relativ, weil sozial geprägt.* Bei der Beschäftigung mit Handlungsspielräumen ergibt sich für Sozialtheorie wie für soziale Praxis das folgende Problem: Woher wissen Akteure eigentlich, was sie wollen, wenn sich ihnen Handlungsfreiheiten bieten? Welche Autonomievorstellungen liegen den Autonomiebestrebungen der Akteure zugrunde? Wie äußert sich autonome Selbstgestaltung in Abgrenzung zur Fremdbestimmung? Die Rede von Autonomie berührt zwangsläufig die Frage nach individueller Authentizität in einer sozialen Umwelt.

Der euphorischen Sichtweise, authentisches Handeln sei ein Handeln, das nach »innen und außen im Einklang mit unserem Selbstbild« steht und nicht dem folgt, »was andere uns vorleben und vorsagen, sondern dem, was der Logik der eigenen Biographie entspricht« (Bieri 2013: 13, 33), bringt die Soziologie seit jeher einige Skepsis entgegen. Schon Georg Simmel hat auf die sozial-biographischen Grenzen individueller Autonomie und persönlicher Authentizität aufmerksam gemacht: »[W]enn ein ursprünglicher Zwang der Form nach durch viele Generationen vererbt und in der ganzen Breite der mitlebenden geübt wird, so wächst er allmählich zu einer als sittlich empfundenen Pflicht aus. Ein Wille, der seine Interessen zunächst anderen Willen in heteronomer Weise aufgezwungen hat, wird durch Gewöhnung zum autonomen Inhalte derselben; der Eigenwille wird durch die andauernde Unmöglichkeit, seine von dem herrschenden abweichenden Tendenzen durchzusetzen, schliesslich diesem vollkommen angepasst und will dann auch von selbst gar nichts Anderes, als für die Interessen jenes leben – ein Vorgang, der sowohl in individual- wie in social-psychologischer Hinsicht unendlich oft zu beobachten und auf ein »Princip des kleinsten moralischen Zwanges« zurückzuführen ist« (Simmel 1989 [1888]: 30). Kurz: Autonomievorstellungen sind selbst strukturgeprägt. Individuelle Autonomie ist relativ, weil an die etablierten gesellschaftlichen Denkmöglichkeiten rückgebunden.

Wenn aber, mit Simmel, der Eigenwille ein ererbter Fremdwille ist, welche Funktion haben dann die Begriffe Autonomie und Authentizität? Sie thematisieren die (subjektive) Wahrnehmung einer Differenz zwischen Erfahrung und Erwartung. Nur in Phasen der Kongruenz von Systemerwartungen und subjektivem Akteurswollen braucht es keinen Begriff, mit dem das Auseinanderfallen von fremden Zwängen und Selbstgestaltungsanspruch ausgedrückt werden kann. Eingeforderte oder realisierte Autonomiegewinne hingegen bedeuten, dass die (subsystem- oder generationenübergreifenden) Internalisierungsmechanismen versagt haben (Vobruba

1983b: 157f.). Das heißt, die Verwendung der Begriffe Autonomie und Authentizität, normativ wie analytisch oft im Sinne der Beschreibung eines Defizits, zeigt die (für die Moderne konstitutive) Erschütterung von System-Akteur-Verhältnissen an. Nicht immer muss diese Erschütterung gleichbedeutend sein mit gesellschaftlichen Krisen; immer aber mit sozialer Dynamik. Was Akteure meinen und wovon sie sich abgrenzen, wenn sie von Autonomie und Authentizität reden, das ist von Fall zu Fall und von Akteur zu Akteur verschieden – und deshalb eine immer aufs Neue konkret zu klärende empirische Frage (Vobruba 2003: 154). Darin aber liegt der Kern der handlungstheoretischen Konzeption von Autonomiegewinnen: Indem man Autonomie- und Authentizitätsdiskurse beobachtet und Autonomiegewinne misst, beobachtet und misst man sozialen Wandel.

(3) *Autonomie ist relativ, weil konditional.* Willens- und Handlungsfreiheiten setzen eine gewisse Unempfindlichkeit für systemische Zwänge voraus (Vobruba 2003): Freiheiten, die sich dem Individuum in der Moderne potentiell bieten, lassen sich faktisch nutzen nur unter der Bedingung, dass es über Ressourcen verfügt, mit denen es sich bis zu einem gewissen Grad von Systemzwängen emanzipieren, diese Systemzwänge beherrschen oder gar für eigene Lebensvorstellungen dienstbar machen kann. Der Zugewinn an Freiheit ergibt sich aus dem Zugang zu Ressourcen. Nun begegnet »das System« den »Leuten« (Vobruba 2009) ja zumeist in Manifestationen mehr oder minder großer und komplexer gesellschaftlicher Subsysteme – in so unterschiedlichen einzelnen Erscheinungsformen wie dem Arbeitsmarkt, dem Justizwesen, dem Bildungssystem, aber auch dem Straßenverkehr, der herrschenden Mode oder dem vertrackten Fahrkartenautomaten – und, wenn es ganz dumm läuft, je nach individuellem »Störpotential« der Politesse vom Ordnungsamt oder dem Herrn vom Geheimdienst. So unterschiedlich wie die Zwänge, die von diesen Subsystemen oder Systemrepräsentanten ausgehen, so unterschiedlich sind auch die Freiheiten, die durch sie eingeschränkt werden, und so unterschiedlich auch sind die Ressourcen, derer es bedarf, um sich die eine oder andere Freiheit gegen diese Systemzwänge herauszunehmen. Denn es geht den Leuten in ihrer Mehrheit fast nie um's große Ganze, sondern fast immer um die »kleinen Freiheiten« (Soeffner in diesem Band), um »kleine Geländegewinne« (Schimank in diesem Band) beim Bemühen, sich diesen Zwängen zu entwinden. Es geht eben um relative Gewinne an Autonomie (Vobruba 2003).

In diesem Zusammenhang schadet es nicht, das Spektrum handlungs-eröffnender Ressourcen möglichst breit zu fassen. Selbstverständlich ist Geld in der Moderne ein geeignetes Medium zur Verteilung der Zugangschancen zu Autonomiespielräumen. Deshalb sind sozialpolitische Leistungen als individuelle Handlungsgrundlage so wichtig; sie sind – wenn auch bis auf Weiteres weit davon entfernt, völlig bedingungs- und zwanglos gewährt zu werden – doch eine Möglichkeit, die Asymmetrien individueller und kollektiver Gestaltungsspielräume in den genannten und vielen anderen Subsystemen und im Kontakt mit den genannten und vielen anderen Systemrepräsentanten zu verringern. Noch wichtiger aber als Handlungsfreiheit durch Geld ist Erwartungssicherheit durch Recht (Vobruba 1997: 83ff.). Denn schon das ist Freiheit: verrechtlichte Sozialbeziehungen sind berechenbar; und nur berechenbare Sozialbeziehungen befähigen in der – grundsätzlich gestaltbaren – Moderne zu individuellen Lebensentscheidungen mit langen Zeithorizonten. (Umgekehrt steigt also mit der Entrechtlichung, mit der Subjektivierung von Recht oder mit dem oft als »Reformieren« angepriesenen Hochfrequenzhandeln der Politik auf allen Ebenen das Risiko individueller und kollektiver Autonomieverluste [Vobruba 1983a: 80ff.]. Die Beschäftigung mit Autonomiegewinnen hat also stets auch deren Reversibilität mitzuführen; in diesem Band vor allem thematisiert von Neckel, Bach und Lessenich).

Die Pointe der Autonomiegewinne durch Umverteilung und Erwartungssicherheit besteht in ihren – häufig unintendierten – emanzipatorischen Effekten. Einerseits werden diese Ressourcen in der Regel in, mit und aus einem (Sub-)System bereitgestellt und damit zugleich bestimmte Verhaltenserwartungen (bis hin zu regelrechten Verpflichtungsversuchen) verbunden, nämlich die Erwartung eines systemfunktionalen, systemkonformen, systemstabilisierenden Verhaltens der Begünstigten. Andererseits eröffnen diese Ressourcen oft auch Möglichkeiten, die von den hiervon Begünstigten eben auch ohne Rücksicht auf Systemerfordernisse genutzt, nämlich zur »Realisierung eigensinniger Lebenspläne eingesetzt« werden können (Vobruba 2003: 153; 2000: 115ff.). Diese durch Ressourcen eröffneten Handlungsspielräume sind die – jedenfalls bei Leipziger Studierenden – berühmten Unbestimmtheitslücken, in denen sich »Optionsgewinne« (Vobruba 1991: 29) erzielen lassen: Im Sinne doppelter Kontingenz entbehren die (zum Beispiel in Arbeitsplatzbeschreibungen oder Sozialpolitik oder Verrechtlichung und Regulierung zum Ausdruck kommenden) Steuerungsbemühungen gestaltungsmächtiger Akteure der Erfolgsgewissheit

(Wiesenthal 2006: 16). Sie müssen mit den Handlungszielen, Handlungen und Handlungsfolgen auf Seiten der Leute keineswegs identisch sein (Vobruba 2009: 149).

3. Akteurswissen und Soziologie

Wenn die Freiheit zur Nutzung von Handlungsräumen von der Verfügbarkeit entsprechender systemzwangmildernder Handlungsressourcen abhängt, dann kommt den gesellschaftlichen Regeln und Institutionen, mit denen die Zugänge zu diesen Räumen und Ressourcen reguliert werden, eine zentrale Bedeutung zu. Für die Soziologie ergibt sich daraus zunächst die Aufgabe, die »institutionelle[n] Bedingungen für tatsächlich allgemein nutzbare Freiheiten zu untersuchen« (Vobruba 2003: 141 und in diesem Band). Das geschieht durch Gesellschaftsbeobachtung, genauer: durch die Beobachtung von Akteuren in Gesellschaft – institutionelle Bedingungen und Effekte lassen sich ja nur mittelbar über das Verhalten von Akteuren beobachten, von den Betroffenen einer Institution wie von den sie durchsetzenden Trägern (Voigt 2013). Darüber hinaus entscheidend ist aber auch die Frage nach dem Wissen der Akteure um Systemzwänge und um die Möglichkeiten, ihnen entweder (zumindest teilweise) zu entgehen oder sie für eigene Interessen zu nutzen.

Das schließt die Frage nach dem Wissen der Akteure um die Zugangsmöglichkeiten zu (etwa sozialpolitisch vermittelten) Handlungsressourcen ein, mit denen sich unter systemischen Zwängen Autonomiegewinne erzielen lassen, geht aber weit darüber hinaus. Auf Zwang kann man mit Zustimmung oder Widerstand reagieren (Konow 2014). Man kann also (und oft genug muss man alternativlos) als Akteur den Anforderungen der instrumentellen Rationalität Folge leisten und mit seinem Verhalten das System einschließlich seiner Handlungszwänge reproduzieren. Man kann aber auch die Vorherrschaft dieser Kategorien der instrumentellen Rationalität in Frage stellen, an der einen oder anderen Stelle Widerstandsnester bilden und darauf hoffen, dass diese Widerstandsbewegungen über kurz oder lang zu Massenbewegungen (im Sinne relevanter, aber nicht zwingend organisierter Vieler) werden, die in der Lage sind, die institutionellen Faktoren zu modifizieren, in deren Summe sich die instrumentelle Rationalität des Systems spiegelt (Taylor 1995: 111ff.).

Beides, Systemreproduktion und Widerstand, ist die Folge einer Entscheidung. Diese Entscheidung setzt jedoch voraus, dass man etwas als Zwang, also als eine grundsätzlich auch änderbare Hierarchiedifferenz überhaupt wahrnimmt. Schon das setzt Wissen voraus – und dessen Interpretation: Hier geht es um nicht weniger als um die »Akzeptabilitätsbedingungen eines Systems [und um die] Auffindung der Akzeptanzschwierigkeiten« (Foucault 1992: 35), letztlich also um die Relevanz oder Irrelevanz von Systemvorgaben in subjektiven Wertehaushalten. Das heißt, es geht um die *Bereitschaft der Subjekte*, sich diesen Zwängen auszuliefern oder entgegenzustimmen oder – wohl am häufigsten – sich kritisch mit ihnen zu arrangieren und ihnen hier und da zu entweichen. Dieser Umgang mit den Systemvorgaben kann mehr oder weniger subversiv, mehr oder weniger politisch sein. So schildern etwa die Beiträge von Gerda Bohmann und Hans-Georg Soeffner in diesem Band, welche Rückzugsräume und Lebensweisen jenseits etablierter gesellschaftlicher Normen möglich sind – und wie dies selbst wiederum auf den Wandel gesellschaftlicher Normen zurückwirkt.

Wie auch immer man sich unter und zu den Zwängen verhält: es hilft, wenn man um ihre Mechanismen weiß. Es hilft, dass man die Zwänge des Arbeitsmarktes durchschaut, die Struktur des Bildungssystems versteht, die Tücken des Fahrkartenautomaten kennt, um jeweils mit ihnen umzugehen. Zwar gilt der auf Autonomie zutreffende, oben skizzierte Befund der sozialen Relativität (sozial begrenzt, sozial reproduziert, konditional) auch für Wissen: »[N]ichts kann als Wissenselement auftreten, wenn es nicht mit einem System spezifischer Regeln und Zwänge konform geht – etwa mit dem System eines bestimmten wissenschaftlichen Diskurses in einer bestimmten Epoche, und wenn es nicht andererseits, gerade weil es wissenschaftlich oder rational oder einfach plausibel ist, zu Nötigungen oder Anreizungen fähig ist. Umgekehrt kann nichts als Machtmechanismus funktionieren, wenn es sich nicht in Prozeduren und Mittel-Zweck-Beziehungen entfaltet, welche in Wissenssystemen fundiert sind« (Foucault 1992: 33). Nicht obwohl, sondern weil die Einschränkung gilt, dass Wissen immer – systembedingt – begrenzt und strukturiert ist, ist dieses Verständnis für Systemzwänge Voraussetzung von Versuchen, die Systemzwänge zu entschärfen, also etwas an den Regeln, Normen und Institutionen zu ändern, die zu den Zwängen führen. Dass das alles andere als einfach ist, schildern Schimank, Preunkert, Soeffner, Fehmel und auch Lessenich in ihren Beiträgen in diesem Band. Dass man es dennoch immer wieder versuchen

sollte, dass es auch immer wieder versucht wird, dass das emanzipatorisch Entscheidende im Verhältnis von Systemzwang und Akteurswissen letztlich also *Akteurswissen um Systemzwänge* ist – das ist der rote Faden, der sich durch Georg Vobruba's Beitrag in diesem Band wie auch durch seine zahlreichen Beiträge in den letzten Jahrzehnten zieht.

Welche Rolle spielt die Soziologie dabei? Zunächst einmal, so wird Georg Vobruba nicht müde zu betonen, muss es der Soziologie darum gehen, die (sub-)systembezogenen Wissensbestände sozialer Akteure zu erkunden. Dabei stellt sich, insbesondere dort, wo es um das implizite, das Hintergrundwissen der Leute über ihre gegenwärtigen und zukünftigen Handlungsspielräume geht, für Soziologinnen und Soziologen das Problem der Messbarkeit von Akteurswissen. Die Unbestimmtheitslücken der Leute sind die Wissenslücken der Soziologen, und sie lassen sich nur retrospektiv füllen. Denn ob die Leute Optionsgewinne wahrnehmen, ob und wie und wofür sie die erweiterten Handlungsräume ausschöpfen werden, das lässt sich nicht vorhersagen. Es lässt sich nur beobachten, wie sie die institutionellen Bedingungen nutzen, die sich ihnen bieten (Vobruba 2003). Gleichwohl plädiert Vobruba nicht für bloße Retrospektionsexpertise und ansonsten für soziologische Indifferenz gegenüber den Handlungsbedingungen individueller und kollektiver Akteure. Der Niedergang der Intellektuellen ist nicht gleichzusetzen mit dem Niedergang von Intellektualität, sofern diese die Berufung auf Ideale und gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch meint (Vobruba 2009: 59). Vielmehr ist so verstandene Intellektualität ein in der Gesellschaft mittlerweile breit streuendes Phänomen, ein moderner »Wissenstypus unter den Leuten« (ebd.). Damit erlangen jedoch moderne Systeme der diskursiven Vermittlung modernen Wissens im Sinne der kritischen Prüfung von Systemrationalitäten eine auch unter emanzipatorischen Gesichtspunkten bedeutsame Stellung; und der Hinweis Vobruba's (in diesem Band), »breitenwirksame Bildung wäre ein weiteres Beispiel für institutionelle Voraussetzungen für Autonomiegewinne als Voraussetzung für praktische Kritik«, scheint daher ungeachtet seiner Flüchtigkeit zentral. Die Soziologie als Teil einer breitenwirksamen Bildung kann weder definieren, was Autonomiegewinne sind, noch kann sie von einer Position außer- oder oberhalb der Gesellschaft Vorgaben machen, wie sie zu erzielen wären. Sie kann die systemischen Zwänge und instrumentellen Rationalitäten eines Sozialzusammenhangs aufzeigen und den Leuten das Angebot machen, Wissensbausteine zusammenzutragen, mit denen die Leute dann für sich selbst die Frage entscheiden können,